



Möglichst gute Chancen für jedes Kind und jeden jungen Menschen sind das Ziel von CDU und CSU.

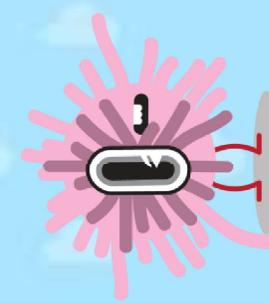
Für die Bildungspolitik sind grundsätzlich die Bundesländer zuständig, die zusammen mit den Kommunen viel Geld in Bildung investieren. Zusätzlich hat auch der Bund - z. B. mit dem Digitalpakt Schule - unterstützt.

Um die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen zu verbessern, werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Die Bundesländer wollen daher in den nächsten Jahren mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I einstellen.



Seit Beginn der Corona- Pandemie sorgen wir uns um die Situation der Schüler*innen. Wir haben schon 1,5 Milliarden Euro für die Ausstattung des digitalen Lernens auf den Weg gebracht. Mit einem Modernisierungsprogramm wollen wir die Sanierung von Schulgebäuden ermöglichen, wie auch die Garantie geben, dass jede Schule an schnelles Internet angeschlossen ist. Kleine Klassen sind besser zum Lernen. Hierfür braucht es genug Lehrer*innen und Klassenzimmer.

Auch hierfür ist es gut, dass durch die SPD der Bund die Länder jetzt unterstützen darf.



Wir wollen Schulen durch gezielte Investitionen des Bundes voranbringen. Denn wir wollen Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und Lehrer*innen gerne gehen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln.

Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit Platz für inklusive Lernformen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern bestmögliche Unterstützung bieten und kleine Klassen ermöglichen

Wie kann der Zustand unserer Schulen verbessert und können die Klassen verkleinert werden?



Schulen brauchen gute pädagogische Fachkräfte und Räume, die Neugier wecken, Lust aufs Lernen machen und Platz für Mitgestaltung und Ausprobieren bieten. Viele Schulen müssen zudem dringend saniert werden. Dafür muss mehr Geld in die Schulgebäude, Ausstattung und Lehrkräfte investiert werden. Dazu müssen Bund, Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten können. Das ist derzeit nur eingeschränkt möglich.

Deshalb wollen wir Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Dann kann der Bund Schulbildung mitfinanzieren.

SORRY

BUSY

BUSY

U18.ORG



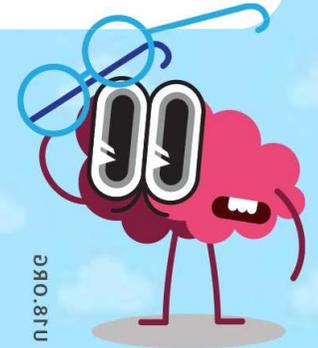
Wir Freie Demokraten wollen mehr Geld für Bildung ausgeben. Daher fordern wir, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteuer-Einkommens zusätzlich in Bildung zu investieren – das sind rund 2,5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und ihnen mehr Gestaltungsfreiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Auch Personalentscheidungen und die Auswahl der Lehrmittel trifft die Schule vor Ort.



Die Verantwortung in der Bildungspolitik ist auf mehrere politischen Ebenen verteilt. Die Bürgermeister sind für den konkreten Zustand der Gebäude in ihren Kommunen zuständig und die Landesregierungen verantworten die Schulpolitik an sich – so auch z.B. Klassengrößen. Da die Regierungen immer mehr Geld für die Folgen der sog. Klimaschutz- und der Migrationspolitik ausgeben, muss sie an anderer Stelle sparen. Dies geschieht auf Kosten der Bildung.

Die logische Fortsetzung dieser Fehlentscheidungen sind auch in der Coronapandemie zu beobachten.



U18.ORG

UX18